

# **Arbeitsgemeinschaft für eine faire Unternehmensbesteuerung (AGFU)**

c/o Denknetz Schweiz, Postfach, 8036 Zürich

## **Medienmitteilung**

Zürich, 19. Dezember 2013

### **Keine Unternehmenssteuerreform III zu Lasten der Privathaushalte und der öffentlichen Dienste**

**Die Arbeitsgemeinschaft für eine faire Unternehmensbesteuerung (AGFU) ist beunruhigt über das heute vom Bundesrat und den Kantonen angekündigte Vorgehen im Bereich der Unternehmensbesteuerung III. Wird der vorgeschlagene Weg verfolgt, drohen Milliardenausfälle bei den öffentlichen Haushalten. Statt weiterhin auf eine Strategie des Steuerdumpings zu setzen, soll die Schweiz den internen Steuersenkungswettlauf stoppen und alle Unternehmen gleich behandeln. Zudem muss die Gelegenheit ergriffen werden, die Kantone auf eine Mindestbesteuerung der Gewinne zu verpflichten. Die AGFU prüft die Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative, um die drohende Absenkung der Gewinnbesteuerung zu verhindern.**

Das von Bund und Kantonen vorgeschlagene Vorgehen führt ohne Gegenmassnahmen dazu, dass die Kantone ihre kantonalen Gewinnsteuern auf das extrem tiefe Niveau der heutigen Spezialgesellschaften (Briefkastenfirmen etc) senken. Während der Bund - der im Gegensatz zu den Kantonen einen einheitlichen Steuersatz erhebt - seine Steuereinnahmen erhalten dürfte, drohen den Kantonen massive Einbussen. Wir befürworten die vorgeschlagene Einführung einer Beteiligungsgewinnsteuer. Doch wird dies nicht ausreichen, die Steuerausfälle in den Kantonen auszugleichen. Deshalb drohen Mehrbelastungen für die privaten Haushalte. Die Kantone und Gemeinden werden genötigt sein, ihre Gebühren und ihre Steuerfüsse zu erhöhen. Und auf nationaler Ebene ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer noch nicht vom Tisch.. Beides gilt es zu verhindern. Zudem wird durch die geplanten Reformen der interkantonalen wie auch der internationalen Steuersenkungswettlauf bei der Unternehmensbesteuerung weiter verschärft, und die Steuereinnahmen anderer Länder werden geschädigt.

Die AGFU schlägt eine ganz andere Politik vor:

Erstens muss der Gesamtertrag der Unternehmenssteuern mindestens auf dem heutigen Niveau gesichert werden. Nur so können die Leistungen der öffentlichen Hand (Bildung, Gesundheit, Sicherheit etc) weiterhin garantiert werden.

Zweitens soll sich die Schweiz von ihrer Rolle als treibende Kraft im internationalen Steuerdumping verabschieden. Die Schweiz ist ein überaus attraktiver Wirtschaftsstandort und hat es angesichts der Qualität der Infrastrukturleistungen überhaupt nicht nötig, den internationalen Konzernen Steuergeschenke zu machen. Man vermietet die Suite eines Fünf-Stern-Hotels ja auch nicht zum Preis einer Jugendherberge.

Um diese beiden Ziele zu erreichen reicht es nicht aus, die heutigen Sonderstatute abzuschaffen. **Vielmehr muss die Gelegenheit ergriffen werden, die Kantone auf eine Mindestbesteuerung der Gewinne zu verpflichten. Die AGFU prüft die Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative, um die drohende Absenkung der Gewinnbesteuerung zu verhindern.**

**Auskunft erteilen:**

Roger Nordmann 079 290 06 74

Beat Ringger 079 339 87 76

, / .

Wer ist die **Arbeitsgemeinschaft für eine faire Unternehmensbesteuerung (AGFU)**?

Die AGFU wurde am 28. November 2013 von einer Gruppe von ÖkonomInnen und SteuerexpertInnen aus verschiedenen Organisationen gegründet. Namentlich gehören ihr an:

Hans Baumann, ehem. Chefökonom Unia Schweiz

Christine Dellsperger attac

Martin Gallusser, Ökonom, Denknetz

Bruno Gurtner, Ökonom, Ex-Präsident Tax Justice Network

Andreas Missbach, Steuerexperte, Erklärung von Bern

Margret Kiener Nellen, Nationalrätin SP Schweiz

Fabian Molina, Gewerkschaftssekretär Unia, JUSO

Roger Nordmann, Nationalrat, SP Schweiz

Katharina Prelicz-Huber, Alt-Nationalrätin Grüne Partei der Schweiz

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär Denknetz

Bruno Unternährer, Ökonom, Denknetz